

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 82 (2002)  
**Heft:** 7-8

**Buchbesprechung:** Sachbuch

**Autor:** [s.n.]

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

**Daniel Brühlmeier,**  
geboren 1951 in Wet-  
tingen, promovierte  
1988 an der Universität  
St. Gallen zum Dr. oec.  
HSG. Er ist heute Leiter  
der Abteilung «Politi-  
sche Planung und  
Koordination» auf der  
Staatskanzlei des Kan-  
tons Zürich. Von 1993  
bis 1995 präsidierte  
er die Schweizerische  
Philosophische Gesell-  
schaft. Seit 2001 ist  
er Präsident der Gruppe  
Zürich der Neuen Helve-  
tischen Gesellschaft.

## UNGEBROCHENE AKTUALITÄT VON FREIHEIT, WETTBEWERB UND FORTSCHRITT

*Die schweizerisch-amerikanische Progress Foundation veranstaltet jährlich ein bis zwei «Economic Conferences», aus aktuellem Anlass und mit besonderer Betonung der liberal-ökonomischen Seite. Daneben organisiert sie regelmässig ein mehrtägiges, geschlossenes Seminar zur Vertiefung eines gesellschaftlichen Themas<sup>1</sup>. Aus beiden Veranstaltungstypen heraus ist im Jahr 2000 eine gehaltvolle Publikation zur Neidökonomie entstanden<sup>2</sup>. Kürzlich ist eine hier vorzustellende Sammlung verschiedener Konferenz-Vorträge der letzten zehn Jahre erschienen, die schön die Schwerpunkte der Stiftungsinteressen aufzeigt<sup>3</sup>.*

Insgesamt bleibt die hier rezensierte Sammlung der Referate von erstaunlicher Aktualität, was nicht selbstverständlich ist. Einzig ein leidenschaftliches, aber wohl schon zu seiner Entstehungszeit einseitiges Plädoyer gegen (globalen) Umweltschutz wirkt heute überholt.

Den Untertitel «Suche nach einem gemeinsamen Nenner» erklärt der Mitheerausgeber *Gerhard Schwarz* in einem Einführungsartikel zweifach: einerseits offen und entwaffnend, indem die Suche ohne einheitliches Konzept geschieht und die Beiträge entsprechend unterschiedlich, z.T. auch widersprechend sind und bleiben; andererseits ist der Wettbewerb deren gemeinsamer Nenner, zusammen mit den anderen liberalen Grundpfeilern Privateigentum, Selbst- und soziale Verantwortung.

Fruchtbar ist auch die Unterscheidung zwischen den «Freiheitsliebenden», jenen Anhängern einer offenen und freien Gesellschaft, die dafür auch bereit sind, Wohlstandsverluste in Kauf zu nehmen, und den «Wohlstandstechnokraten», denen Effizienz und Wohlstandsmaximierung vorgehen und für die eine freiheitliche Ordnung letztlich nur Mittel zum Zweck ist. Erstere sind allerdings keineswegs eine homogene Gruppe – gehen aber wohl prominent zumindest von *Perikles*

bis *Rawls* –; in der libertären Untergruppe, die Freiheit absolut setzt, sieht Schwarz die Gefahr von Utopismus, ja gar Fundamentalismus. Freiheitsliebende halten aber Wohlstandstechnokraten gegenüber ein dynamisches Verständnis der Effizienz aufrecht, vor allem aber eine genuine Präferenz für Vielfalt und unterschiedliche, über Konsumentensouveränität festgesetzte Bedürfnisse. Eine Wettbewerbsordnung, die gemäss *Hayek* als Entdeckungsverfahren fungiert, dient der Generierung dieser Vielfalt.

### **Unheilvolle Mechanismen des Sozialstaates**

Einen stimulierenden Beitrag bildet das Referat von *George Gilder*, das er 1991 in Prag gehalten hat. Zwar gibt es heute keine «Tschechoslowakei» mehr und der Barock war nie eine Stilrichtung des Mittelalters, aber Gilder, bei uns als Apostel der Ungleichheit wohl eher etwas bekannt, ist auch heute noch aktuell, wenn er die *win-win*-Situation der auf Informationstechnologie und Wissen basierenden Marktwirtschaft herausstreicht (gemeinsamer Gewinn und Nutzen von Individuen, aber auch von Nationen und Gesellschaften). Deren Dynamik hat komplexitätsgenerierende, aber auch -abbauende Ver-

1 Vgl. [www.progress-foundation.ch](http://www.progress-foundation.ch).

2 Gerhard Schwarz, Robert Nef (Hrsg.): *Neidökonomie. Wirtschaftspolitische Aspekte eines Lasters*. NZZ-Verlag, Zürich 2000. 199 S. (vgl. meine Besprechung in der NZZ, 11.5.2001, Nr. 108, S. 87).

3 Robert Gilmore, Gerhard Schwarz (Hrsg.): *Freiheit und Fortschritt. Die Suche nach einem gemeinsamen Nenner*, NZZ-Verlag, Zürich 2001.

laufsrichtungen. Die neuen Technologien entsprechen für ihn zum ersten Mal wirklich und völlig dem denkenden und kooperierenden Menschen.

Allan H. Meltzer ist auf der sicheren Seite, wenn er *Keynes'*, oder präziser: Keynesianische Fehlentwicklungen auflistet, vor allem staatliche Investitionsplanung und -ausführungen von Industrien, Wohnungsbau, Prestigeobjekten usw. (leider nicht thematisiert: Infrastrukturanlagen), Unfähigkeit zur antizyklischen Fiskalpolitik, u.a.m. Wie er anhand von Originalzitaten – vor allem auch aus Briefen von Keynes an Hayek – zeigt, waren Keynes' eigene Ansichten um einiges differenzierter, in seinen Fehleinschätzungen persönlich aber vielleicht noch gravierender: So glaubte er, die Labour Party durch die elitäre Intelligenz führen zu können, und nicht durch den extremen und autokratischen, letztlich aber unwissenden Machtzirkel, den er die «Katastrophenpartei» nannte. Keynes' Forderung nach einer moralischen Aufrüstung und nach einem Wiedererstarken der moralischen und sozialen Werte – die wohl mehr gegen *Schumpeter* denn gegen Hayek gerichtet war – und welche die Grundlage für eine «besonnene Planung» abgeben sollte, mag ein frommer Wunsch gewesen sein. Dieser wurde und wird allerdings pikanterweise von konservativen Regierungen fast noch mehr gehegt als von sozialistischen und sozialdemokratischen.

Das wahre keynesianische Erbe und die weiterhin grösste wirtschaftliche Gefahr liegt für Meltzer – nebst der heute wieder aktuellen Militarisierung der Politik! – aber in der engen Verstrickung von allgemeinem Wahlrecht und wachsender Umverteilung gerade in konstitutionellen Demokratien. Es ist ein «Phänomen des 20. Jahrhunderts», dass Wähler(innen) gelernt haben, wie man über den Staat Transferzahlungen von der (reicheren) Minderheit der Bürger erhalten kann. Der Populismus – wiederum jeglicher Couleur! – nutzt das aus und erreicht so seine Wahlerfolge. Für Meltzer kann nur eine (allerdings wenig konkretisierte) Krise des Umverteilungsstaates eine Umkehr bewirken.

Für *Manfred J. M. Neumann* ist Keynesianismus schlicht passé; Keynes' *General Theory* ist heute nur noch ein Klassiker. Andauernde Arbeitslosigkeit ist heute nicht ein Problem der Nachfrage oder

Mit dieser  
grundsätzlich  
bestechend  
einfachen Lösung  
soll jedes  
Einkommen nur  
einmal und  
proportional  
besteuert  
werden.

über diese zu regulieren, sondern ein angebotsseitiges, dem man mit einer Liberalisierung der Märkte, mit der Förderung des Wettbewerbs sowie mit einem Staatsabbau, vor allem im Bereich der Sozialversicherungen, begegnen sollte. Entscheidend ist auch, dass die Nationalbanken und die Europäische Zentralbank ihre Unabhängigkeit aufrecht erhalten können.

### **Liberale Alternativen**

In ihren Referaten hat die Progress Foundation eine Reihe von z.T. weitgehenden liberalen Alternativen vorgeschlagen, etwa im Steuerbereich, bei der Reform des Sozialstaates und im Gesundheitswesen.

Ein grosses Verdienst kommt ihr mit der Vorstellung von *Alvin Rabushkas* Einheitssteuer («*Flat Tax*») zu. Mit dieser grundsätzlich bestechend einfachen Lösung soll jedes Einkommen nur einmal und proportional besteuert werden. Dem Vernehmen nach wird sie in Hongkong und in Estland bereits praktiziert. *Manfred Rose* vertieft die Problematik noch in seiner «lebenszeitlich orientierten Einkommenssteuer». Diese Modelle haben gegenüber der ohnehin erodierten traditionellen Einkommensbesteuerung immense Vorteile, vor allem Transparenz und Einfachheit, effektive Gleichbehandlung sowie Anreizneutralität.

*Meinhard Miegels* Beitrag bestätigt vorerst einmal die theoretischen Ausführungen von Meltzer, zeigt aber auch im Konkreten die Schwächen der sozialen Sicherungssysteme, vor allem des Umlageverfahrens in der Alterssicherung. Am Herzen liegt ihm aber auch die «*Wiederherstellung des Sozialen*», dies gegen die sozialstaatliche Wohlstandsillusion und als Warnung an jene Politiker, die in ihrer Rhetorik alles Soziale vom Staat erwarten.

Zu einem sehr ähnlich kritischen Schluss kommt *Robert A. Gilmour* bei seiner schonungslosen Analyse der amerikanischen *Social Security*. Sie wird weitgehend falsch als Sozialversicherung wahrgenommen, wo sie doch in Wirklichkeit ein grosses staatliches Umverteilungsprogramm darstellt. Gilmour anerkennt, dass sein Ideal eines Staates ohne Einkommensteuer und Sozialabgaben zwar unerreichbar ist; er glaubt aber, dass ein auf einer Mehrwertsteuer basierendes System gerechter und effizienter wäre.

Mit bestechender Klarheit zeigt *Jürg H. Sommer* Grundlagen, Anreize und Dilemmata des Gesundheitswesens. Mit Blick auf das Hauptthema des Buches ist die Medizin im übrigen einer der wenigen Bereiche, in denen Fortschritt nicht kostenkend ist. Rationierung ist ein ökonomisch nicht überraschendes Phänomen des Gesundheitswesens. Verbreitet ist eine implizite, oft auch auf die Hausärzte abgewälzte Kritik an den Anbietern. Wichtige Denkanstösse für eine explizite, demokratisch legitimierte Rationierung liefert der Bundesstaat Oregon. Das seit der KVG-Revision grundsätzlich marktwirtschaftlich ausgerichtete Gesundheitswesen in der Schweiz ist zuwenig transparent.

### **Blick über die Ökonomie hinaus, vorzugsweise in die Geschichte**

Auf dem Hintergrund der Transformationsprozesse von 1989/90 hinterfragt der Mitherausgeber Gerhard Schwarz provokativ die «Interdependenz der Ordnungen» (*Eucken*), d.h. gegenseitige Komplementarität von konstitutioneller Demokratie und liberaler Marktwirtschaft. Er erkennt Einzelfälle, in denen der Marktwirtschaft mit einem autoritären Staat besser gedient war als mit einer Demokratie (Hongkong, Chile) – ohne allerdings die gesellschaftlichen Kosten zu thematisieren, die ein solches Regime haben kann und in aller Regel auch hat (etwa auf Meinungs- und Redefreiheit, politische Mitwirkungsrechte, Strafprozessrechte). Hervorzuheben sind hier die Charakteristika, die einen starken, nicht diktatorischen Staat aus dieser (wie gesagt) provokativen Gegenüberstellung über die Regierungsform hinaus auszeichnen sollten: natürliche Autorität und Charisma, unabdingbare Legitimität, auf Ehrlichkeit («Blut, Schweiss und Tränen») basierendes Vertrauen, nationaler Konsens, kleine staatliche Einheiten, Langfristigkeit und Stabilität fördernde Verfassungen.

Es ist eine spezifische Ironie, dass *Deepak Lal*, Autor eines Werkes über «Unintended Consequences», in einem analytisch sehr gehaltvollen Beitrag von einer ganz anderen Seite her die Positionen von Schwarz z.T. bestätigt. Für die Entwicklung von Gesellschaften spielt Kultur eine bedeutende Rolle; Lal unterscheidet dabei zwischen materiellen Überzeugungen einer-

Mangel an  
Transparenz  
und an  
demokratischer  
Legitimation sind  
auch die  
Schwächen des  
seit der  
KVG-Revision  
grundsätzlich  
marktwirtschaftlich  
ausgerichteten  
Gesundheits-  
wesens in der  
Schweiz.

Für die  
Entwicklung von  
Gesellschaften  
spielt Kultur eine  
bedeutende  
Rolle.

seits, welt- und wertordnenden (*cosmological beliefs*) andererseits. Im Set ergeben letztere eine soziales Verhalten bestimmende Ideologie, sie bleiben aber durch die materiellen und ökologischen Voraussetzungen eingegrenzt.

Die Entwicklung der spezifisch westlichen Gesellschaft und Zivilisation kann nun erklärt werden als ein komplexes, und wohl einmaliges Zusammengehen eines «prometheischen» ökonomischen Wachstums, welches das Problem struktureller Armut weitgehend entschärft, und eines individualistischen, archaische Sippenstrukturen auflösenden Gesellschaftsverständnisses sowie einer modernen Staatskonzeption. Letztere hatten ihren Ursprung in den unbeabsichtigten, aber gewichtigen Nebenfolgen zweier päpstlicher Revolutionen, jener von *Gregor I.* im 6. und jener *Gregor VII.* im 11. Jahrhundert. Die Befreiung erreichte ihren Schlusspunkt gewissermassen in der Reformation in England unter *Heinrich VIII.* Sie bedeutete die grösstmögliche Emanzipation von päpstlichen Einschränkungen; parallel dazu begannen Gemeinden sowie Bruder- und Schwesterschaften in der katholischen Kirche demokratisch über ihre Geschichte zu bestimmen.

Demokratie ist aber nicht unabdingbar für ökonomische Entwicklung; wichtig ist, dass die säkularen Errungenschaften des Marktes nicht behindert werden. Lal greift hier auf die grundlegende Unterscheidung *Michael Oakeshotts* zwischen zwei grossen abendländischen Staatsverständnissen zurück: Staat als *societas* oder als *universitas*. Ersteres sieht ihn als eingeschränkte und einschränkende Herrschaft des Rechts, als Rechtsstaat im Sinne *Montesquieus* und *Kants* oder Zivilassoziation von ansonsten eigeninteressierten, in unterschiedlichen Projekten Engagierten; für das zweite bedeutet er eine von Technokraten geführte Unternehmung zur Verfolgung gemeinsamer, immer wieder neu zu definierender inhaltlicher Ziele, bis hin gar zur gesetzlichen Durchsetzung von Moral, von Gleichheitsideologien und weiteren Postulaten. Es war Oakeshotts tiefe Überzeugung, dass nur ein im Sinne der *societas* limitierter Staat Freiheit und Fortschritt fördern kann. Die Autoren dieses Bandes werden ihm sicher nicht widersprechen. ♦